



Auswirkungen der Corona-Pandemie

Liquiditätssicherung und Personalgewinnung sind zentrale Herausforderungen

Von Britta Klemm und Markus Sobottke

Zum zweiten Mal hat die Bank für Sozialwirtschaft Vorstände und Geschäftsführer der Sozial- und Gesundheitswirtschaft zu den wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie befragt. Die von Mitte November bis Mitte Dezember 2020 durchgeführte Erhebung validiert die Ergebnisse der ersten Umfrage aus dem Frühsommer 2020.

Im Zeitraum 15. Mai bis 16. Juni 2020 hat die Bank für Sozialwirtschaft in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, dem Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e.V. (bpa), dem Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. und der Universität zu Köln im Rahmen der bundesweit größten Online-Befragung ermittelt, welche Herausforderungen die Corona-Pandemie für das Sozial- und Gesundheitswesen und die Freie Wohlfahrtspflege mit sich bringt. Vom 16. November bis zum 20. Dezember 2020 wurde die Umfrage unter Beteiligung der Verbände und der Universität zu Köln wiederholt. Mit rund 1.400 Teilnehmenden konnte die Mitwirkung gegenüber der ersten Umfrage (rund 1.000 Teilnehmende) noch einmal deutlich gesteigert werden. In Form einer Trendstudie wurden die Ergebnisse beider Befragungen miteinander verglichen. Somit liegen nun erstmals belastbare Zahlen zu dem Verlauf der wirtschaftlichen Auswirkungen infolge der Corona-Pandemie vor.

„Die Träger verzeichnen teilweise erhebliche Ertragsausfälle.“

Die Auslastungssituation hat sich noch nicht normalisiert

Zwar hat sich die Auslastungssituation im Verlauf der Pandemie geschäftsfeldübergreifend tendenziell nicht weiter verschlechtert. Jedoch ist nach wie vor keine Normalisierung festzustellen. Auch unterscheidet sich die Auslastungsveränderung der einzelnen Leistungsbereiche weiterhin erheblich. Besonders sichtbar wird dies im Bereich Pflege. Hier weisen die voll- und teilstationären Einrichtungen einen deutlich höheren Auslastungsrückgang auf als die ambulanten Wohnformen.

Auch im Rahmen der zweiten Befragung gaben fast 70% der Teilnehmer*innen rechtliche Rahmenbedingungen als Hauptgrund für Auslastungsprobleme an. Hierzu zählen beispielsweise ein behördlicher Belegungsstopp, Quarantänemaßnahmen oder das Freihalten von Kapazitäten für die Notfallversorgung. Mit dem Fortschreiten der Pandemie stellt zunehmend auch eine Schwächung der Personaldecke einen Auslöser für Auslastungsprobleme dar. Eine wesentliche Rolle spielt zudem eine pandemiebedingte Zurückhaltung bei der Nachfrage.

Der wirtschaftliche Druck bleibt hoch

Insgesamt bestätigt die zweite Umfrage den Trend der negativen wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf das Sozial- und Gesundheitswesen. Vor dem Hintergrund einer angespannten Auslastungssituation verzeichnen die Träger teilweise erhebliche pandemiebedingte Ertragsausfälle. Deren Kompensation durch die Schutzpakete von Bund und Ländern bewerten nur knapp 30 % der Teilnehmer*innen als auskömmlich.

Weiterhin beziffert ein Großteil (ca. 54 %) der befragten Personen die im bisherigen Pandemieverlauf nicht kompensierten Einnahmeausfälle auf 5 % bis 20 %. In der ersten Umfrage traf dies noch auf rund 65 % der Teilnehmenden zu. Um rund fünf Prozentpunkte auf etwa 25 % gestiegen ist allerdings der Anteil der Teilnehmer*innen, die Einnahmeausfälle über 20 % zu verzeichnen haben. Ein vergleichbares Bild zeigt sich bei den Einschätzungen zur drohenden Refinanzierungslücke im weiteren Verlauf der Pandemie. (siehe Grafik)

Bei den Schutzschirmen besteht Anpassungsbedarf

Ohne die große Bedeutung der staatlichen Hilfen insgesamt in Frage zu stellen, sehen die Teilnehmer*innen in verschiedener Hinsicht Verbesserungsbedarf bei der Gestaltung und Handhabung der Schutzmaßnahmen. Über die unzureichende Kompensation von Fehleinnahmen beispielsweise im Bereich der Investitionskosten hinaus verweisen die befragten Personen insbesondere auf die fehlende Refinanzierung von Mehraufwendungen sowie die Deckelung der Erstattung. Explizit wird die ungenügende Refinanzierung von zusätzlichen Personalkosten sowie Schutzkleidung und -ausstattung kritisiert. Über 70 % der Teilnehmenden betrachten die Bewältigung des zusätzlichen Bürokratie- und Dokumentationsaufwandes als nicht geklärt.

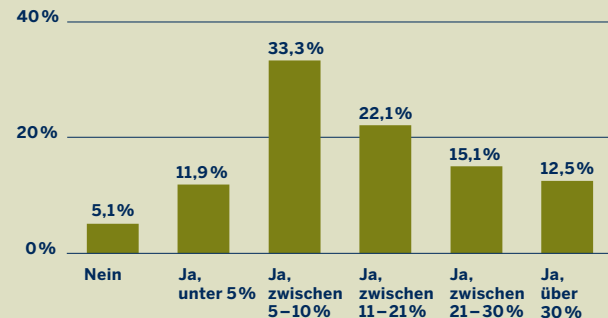
Große Unsicherheit besteht weiterhin im Hinblick auf mögliche Rückzahlungsforderungen im Zusammenhang mit den Ausgleichszahlungen. Nur ein Drittel der Befragten rechnet nicht mit entsprechenden Forderungen; für ca. die Hälfte der Befragten ist dies aktuell nicht einschätzbar. Tatsächlich zu Rückzahlungen aufgefordert wurden bislang nur 3 % der Befragten.

Wirtschaftliche Auswirkungen der Corona-Pandemie

Werden Defizite aufgrund der Corona-Pandemie durch die Schutzpakete des Bundes und der Länder gemäß Ihrer Einschätzung auskömmlich kompensiert?

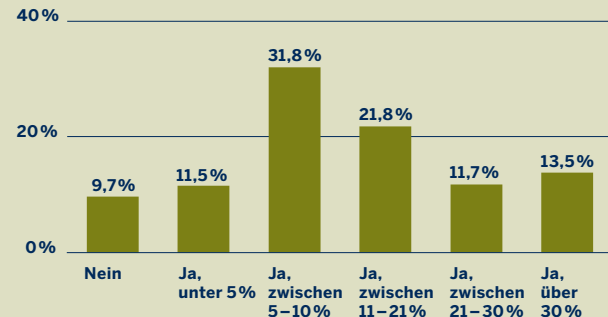
Erwarten Sie für den weiteren Verlauf der Pandemie eine Refinanzierungslücke?

(Teilnehmer*innen: n = 312, Umfrage 16.11.-20.12.2020)



Kam es zum jetzigen Zeitpunkt der Pandemie bereits zu nicht kompensierten Einnahmeausfällen?

(Teilnehmer*innen: n = 349, Umfrage 16.11.-20.12.2020)



Die Notwendigkeit staatlicher Hilfen ist weiter gegeben

Auf Leistungen aus den Rettungsschirmen für den Pflege- und Krankenhaussektor oder nach dem Sozialdienstleister-Einsatzgesetz (SodEG) greifen rund 40 % der Teilnehmer*innen zurück. Ein Großteil der Leistungen aus den Hilfs- und Unterstützungspaketen des Bundes wurden bereits ausbezahlt. Fast die Hälfte der Teilnehmer*innen nimmt Leistungen aus den Programmen der Landesregierungen in Anspruch oder plant dies.

Nur in geringem Maße werden die Liquiditätsprogrammen von Geschäftsbanken, die Kreditprogramme der KfW und der Landesförderbanken sowie die Programme der Landesbürgerschaftsbanken genutzt. Dass insbesondere die verschiedenen Liquiditätsprogramme wider Erwarten bisher kaum benötigt wurden, ist grundsätzlich positiv zu bewerten. Vor dem Hintergrund der fortbestehenden wirtschaftlichen Herausforderungen für die sozialen Organisationen und der Unwägbarkeit hinsichtlich der weiteren Ausgestaltung der Schutzschirme bedeutet dies allerdings nicht, dass entsprechende Liquiditätshilfen im weiteren Verlauf der Pandemie nicht doch noch gebraucht werden.

Die Inanspruchnahme von Kurzarbeitergeld bedarf einer differenzierten Betrachtung

In der Umfrage von November/Dezember 2020 gaben knapp 40 % der Teilnehmer*innen an, im bisherigen Verlauf der Pandemie Kurzarbeitergeld in Anspruch genommen oder beantragt zu haben; 2 % planen dieses. Dieser hoch wirkende Anteil wird dadurch relativiert, dass unklar ist, wie viele Beschäftigte des jeweiligen Betriebs Kurzarbeitergeld erhalten, wie lange dieses in Anspruch genommen wurde und welche Aufgabengebiete – z. B. pflegerisches und ärztliches Fachpersonal oder Fahr- und sonstige Funktionsdienste – betroffen sind.

Insgesamt zeigen die Statistiken der Bundesagentur für Arbeit, dass die Anzahl an Kurzarbeiter*innen im Gesundheits- und Sozialwesen verglichen mit anderen Wirtschaftszweigen gering ist. Insofern kann aus den Studienergebnisse kein Rückschluss auf eine umfangreiche Inanspruchnahme von Kurz-

arbeit in einer großen Zahl von Leistungsbereichen der Sozialwirtschaft und bezogen auf die vom Fachkräftemangel betroffenen Berufsfelder abgeleitet werden.

Liquiditätssicherung und Personalgewinnung als zentrale Herausforderungen

Die Liquiditätssicherung bleibt eine zentrale Herausforderung der sozialen Organisationen. Rund 60 % der befragten Personen rechnen infolge der Corona-Pandemie mit einer Verschlechterung ihrer Zahlungsfähigkeit.

Als weitere wesentliche Herausforderungen für das Jahr 2021 sehen die Teilnehmer*innen bedeutende Mehrinvestitionen z. B. für bauliche Maßnahmen, Ausstattung, Personal und Digitalisierungsangebote sowie Umsatzeinbußen und Personalengpässe. Beim Ergebnisvergleich der ersten und zweiten Umfrage ist insbesondere der Anteil der Personen, die erhebliche Personallücken befürchten, um

13,5 Prozentpunkte auf 40 % deutlich gestiegen. Dies unterstreicht u. a. die Notwendigkeit, der zusätzlichen Belastung für die Mitarbeitenden durch den Corona-bedingt stark angestiegenen Dokumentations- und Bürokratieaufwand entgegen zu wirken.

Mit 1,7 % leidet weiterhin nur ein kleiner und gegenüber Sommer 2020 sogar rückläufiger Teil der Teilnehmer*innen aus diesen Herausforderungen derzeit eine akute Insolvenzgefahr für die eigene Organisation ab. Dennoch zeigt auch die zweite Studie einen vielfältigen Unterstützungsbedarf der Einrichtungen und Dienste auf. Dieser besteht insbesondere bei der qualifizierten Personalgewinnung und -entwicklung sowie der Beratung hinsichtlich Fördermitteln und der Inanspruchnahme der Schutzpakete.

Digitale Anwendungen von hoher Bedeutung für die Krisenbewältigung

Die Bedeutung der Digitalisierung zur Bewältigung der Pandemie hat nicht nur zu Beginn der Krise, sondern auch im Verlauf der Corona-Pandemie stark zugenommen. Neben der IT-gestützten Prozessoptimierung stehen web-basierte Anwen-

„Rund 60% der Befragten rechnen mit einer Verschlechterung ihrer Zahlungsfähigkeit.“

dungsformate im Fokus. Beispielsweise wird die Online-Beratung zunehmend wichtiger, um die Angebote der sozialen Organisationen und der Wohlfahrtspflege auch in der Pandemie für die Leistungsempfänger erreichbar zu halten.

Weiterhin ergreifen die Einrichtungen und Dienste vielfältige Maßnahmen, um ihre Leistungsfähigkeit in der Pandemie mit Hilfe digitaler Tools zu verbessern. Mit dem Fortschreiten der Corona-Pandemie werden auch zunehmend Kooperationen ausgebaut.

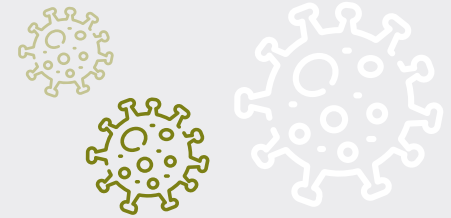
Die bedeutsamste Hürde für den Einsatz von Technik und Digitalisierung stellt für rund 70% der Studienteilnehmer*innen weiterhin das Fehlen von Mitarbeitenden dar, die sich kompetent und mit freien Zeitressourcen um diese Aufgabe kümmern können. Zudem verweisen fast 60% der Befragten auf die unzureichende Finanzierungsbasis durch Hilfsprogramme. Dagegen ist die Akzeptanz für Digitalisierung bei Mitarbeiter*innen sowie Kundinnen und Kunden leicht gestiegen.

Fazit

Nach wie vor ist die Corona-Pandemie mit erheblichen ökonomischen Risiken für die sozialen Organisationen verbunden. Staatliche Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen stellen weiterhin eine zentrale Rolle für das Abfangen negativer wirtschaftliche Konsequenzen dar.

Zahlreiche Aspekte sprechen dafür, dass die pandemiebedingten wirtschaftlichen Risiken auch in den nächsten Monaten beherrschbar bleiben. Hierzu zählt insbesondere die Systemrelevanz der sozial- und gesundheitswirtschaftlichen Strukturen. Auch hat sich bei den aktuellen Verlängerungen der Rettungsschirme erneut die Bereitschaft der Politik zum Nachsteuern bei den Regelungen gezeigt. Hinzu kommen die bestehenden Potenziale der Zuschuss- und Kreditprogrammen auf Länderebene sowie der Geschäftsbanken.

Für die im weiteren Jahresverlauf anstehenden Entscheidungen zur Fortsetzung der Hilfsmaßnahmen bleiben belastbare und neutrale Daten von großer Bedeutung. Gemeinsam mit den Verbänden wird die BFS die Auswirkungen der Pandemie auf das Sozial- und Gesundheitswesen und die Freie Wohlfahrtspflege engmaschig im Blick behalten. ❄



Die Ergebnisse der Umfrage zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf das Sozial- und Gesundheitswesen stehen hier zum Download bereit:

www.sozialbank.de/covid-19/umfrage.html



Britta Klemm

Leiterin Kompetenzzentrum Sozialwirtschaft
BFS Service GmbH
0221 97356-474
b.klemm@sozialbank.de



Markus Sobottke

Teamleiter Research
BFS Service GmbH
0221 97356-247
m.sobottke@sozialbank.de